

„Ein weiteres (Kriegs)jahr geht zu Ende. Und was haben wir getan? Der Krieg ist zu Ende, wenn du es willst. Frohe Weihnacht! Der Krieg ist zu Ende, jetzt. Okay?“ – John Lennon

Offener Appell an die Abgeordneten aller Parteien im Bundestag

Sehr geehrte Abgeordnete,

vor 30 Jahren leistete ich einen Dienst auf unser Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dieser Eid verpflichtet und berechtigt mich nicht nur zur Loyalität gegenüber dem Dienstherrn, sondern auch dazu, auf Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Seit geraumer Zeit beschäftigt mich die Frage, ob nicht bei bestimmten Regierungsentscheidungen bzw. bei einigen Abstimmungsentscheidungen der Abgeordneten des Bundestages der Boden des Grundgesetzes verlassen wurde?

In unserem Grundgesetz heißt es: »Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor...den Menschen, vom Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk...dieses Grundgesetz gegeben.«¹

»Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.«²

Wenn eine Mehrheit im Bundestag für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete votiert, wenn eine Außenministerin auf internationalem Parkett äußert: „Wir führen einen Krieg gegen Russland...“³, wenn der Vorsitzende einer Oppositionspartei davon spricht, weitreichende deutsche Marschflugkörper an eine Kriegspartei liefern zu lassen für den Angriff auf das Territorium der anderen Kriegspartei, um deren Regierung unter Druck zu setzen⁴, wenn unsere Regierung einem kriegführenden Land Waffen liefert, dessen Regierungsoberhaupt eben wegen jenes Krieges unter Anklage des Internationalen Strafgerichtshofes steht, muss man da nicht von „Handlungen“ sprechen, „die geeignet sind das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“ und „einen Angriffskrieg vorzubereiten“? Für Waffenlieferungen und gar das Androhen eines Angriffes gibt es keine Notwendigkeit. Weder wurde Deutschland angegriffen noch liegt ein Bündnisfall vor. Aus welchem Grund also ergreifen Regierung und Abgeordnete des Bundestages Partei für Kriegsparteien und beteiligen dadurch unser Land an Kriegen mit Waffenlieferungen?

Ich stelle mir gerade vor, 2 meiner Schüler würden sich streiten und einer von ihnen mit dem Baseballschläger auf den anderen losgehen. Was tue ich? Versuche ich zu deeskalieren und den Angreifer zu beruhigen, nach seinen Gründen zu fragen, ein Gespräch mit beiden zu suchen, zu vermitteln? Oder drücke ich dem Angegriffenen auch einen Baseballschläger in die Hand, damit sie sich so richtig die Köpfe einschlagen? Wie kann ich meinen Schülern Gewaltlosigkeit und friedliche Konfliktlösung vermitteln, wenn die grobe Politik das Gegenteil vormacht?

Wegen der meine Besorgnis erregenden Tendenzen in unserer Regierungspolitik habe ich diesen offenen Appell an die Abgeordneten aller Parteien im Bundestag verfasst und bitte Sie, verehrte Abgeordnete, diesen Appell zu verlesen und bei Ihren weiteren Entscheidungen in seinem Sinne zu handeln.

Ich appelliere an Sie:

Verteidigen Sie die demokratischen Werte unseres Grundgesetzes! Beachten Sie sein Friedensgebot! Beweisen Sie, dass wir aus unserer durch Kriege und Völkermord belasteten Geschichte gelernt haben, indem Sie durch Ihr Abstimmungsverhalten dafür sorgen, dass Deutschland nicht weiterhin durch Waffenlieferungen Kriege am Laufen hält! Initiiieren Sie eine parlamentarische Entscheidung für einen sofortigen **Stopp aller Waffenlieferungen an die sich im Krieg befindlichen Länder Israel und Ukraine sowie an alle anderen in bewaffnete Konflikte verwickelte Staaten oder Organisationen**. Wer auf moralische Überlegenheit pocht, sollte sich dabei nicht herausreden und mit dem Finger auf andere zeigen. Widerlegen Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten die Behauptung der Außenministerin, wir würden einen Krieg gegen Russland führen!

Fordern Sie die Bundesregierung dazu auf, ihren Einfluss auf kriegführende oder andere waffenliefernde Regierungen dahingehend geltend zu machen, Kriegshandlungen und/oder Waffenlieferungen einzustellen!

Sind Hunderttausende von Toten in der Ukraine, in Gaza, im Libanon ... nicht genug? Reicht die gefährliche Eskalation im Ukraine-Konflikt, die bis zum drohenden Schlagabtausch mit NATO-Ländern gediehen ist, nicht aus? Was soll erreicht werden mit immer weiter gehenden Befugnissen für Angriffe mit von NATO-Personal gesteuerten NATO-Raketen auf russisches Territorium? Sie kennen die Reaktion der russischen Regierung darauf.

Die Politik der Bundesregierung unterstützt momentan eine immer weitere Fortsetzung sowohl des Krieges in der Ukraine in Richtung eines alles vernichtenden Atomkrieges als auch in Palästina in Richtung Völkermord. Das ist verfassungswidrig und strafbar. s.o.

Können Sie damit leben, Ihre Stimme dieser Fortsetzung der Kriege gegeben zu haben? Ist es in Ordnung für Sie, damit den Boden des Grundgesetzes zu verlassen?

Denken Sie um, ich bitte Sie im Namen des Lebens, im Namen der Menschen, und stimmen Sie für eine Außenpolitik, die von wahren Werten geleitet wird: von Frieden, Diplomatie, Toleranz, gegenseitiger Achtung und dem Bemühen um Interessensausgleich!

Machen Sie Deutschland zu einem „guten Nachbarn“ in der Gemeinschaft **aller Nationen**. Denn „gute Nachbarn“ brauchen weder neue Atomwaffen noch müssen sie „kriegstüchtig“ sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit für die wichtigsten Fragen unserer Zeit: Wann wird es endlich Frieden geben und was können wir dafür tun?

Ilka Müller, Teilnehmerin der Mahnwachen SonntagFrüh für Frieden

¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Präambel

² ebenda, Artikel 26 Absatz 1

³ Annalena Baerbock am 24.01.2023 in einer Rede vor dem Europarat;

⁴ Friedrich Merz in seiner Antwort auf eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 16.10.2024 im Bundestag